

Paderborner Volksblatt

für Stadt und Land.

Nro. 7.

Paderborn, 16. Januar

1849.

Das Paderborner Volksblatt erscheint vorläufig wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Samstag. Der vierteljährliche Abonnementspreis beträgt 10 Sgr., wozu für Auswärtige noch der Postaufschlag von 2½ Sgr. hinzukommt. Anzeigen jeder Art finden Aufnahme, und wird die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 1 Sgr. berechnet. Bestellungen auf das Paderborner Volksblatt wolle man möglichst bald machen (Auswärtige bei der nächstgelegenen Postanstalt), damit die Zusendung frühzeitig erfolgen kann.

Wahlaufruf.

Constitutioneller Bürgerverein.

Paderborn, 10. Januar 1849.

Mitbürger! Die Wahlen stehen bevor. Wir rufen Euch auf, Euer Recht zu denselben nach Eurer gewissenhaften Ueberzeugung auszuüben. Bedenket, daß jeder der zur Wahl berechtigt ist, auch die Pflicht hat, sein Recht auszuüben. Wer seine Familie liebt, wer es wohl meint mit seiner Gemeinde und dem ganzen Vaterlande, der ladet eine schwere Verantwortlichkeit auf sich, wenn er jetzt nicht auf seinem Posten ist.

Wohlan Ihr Mitbürger! Tretet auf und thuet Euch zusammen. Höret nicht auf die Stimme falscher Freunde. **Wählet zu Wahlmännern die besten unter Euch!** Wer der beste und der klügste Wirth, wer der rechtschaffenste Hausvater und ein guter Bürger ist, wer einen kräftigen König, und unter einer freisinnigen verfassungsmäßigen Regierung, ein in allen Gewerben blühendes freies und treues Volk will, wer auf dieser Gesinnung feststeht, **der soll unser Wahlmann sein!**

Webersticht.

Die neue preuß. Verfassung. III.
Deutschland. Frankfurt (v. Madowig; Gesetz über die Spielbanken);
Berlin (Gamshausen); Oldenburg (Erklärung des Volksvereins für die
Preuß. Kaiserwürde); Schwerin (Abgeordnetenversammlung für Preußen);
Wien (Cholera; Steigen der Staatspapiere).
Ungarn (Armee-Bulletin; Ofen bombardirt).
Belgien. Brüssel (der Sozialismus).
England (Bericht über das Staatseinkommen).
Vermischtes.
Neueste Nachrichten.
Amtliche Bekanntmachung.

Constitutioneller Bürgerverein.

Die Preussische Verfassungs-Urkunde vom 5. Decb. 1848.

III.

Von wem werden die Volksvertreter gewählt? Die Mitglieder der beiden Kammern werden durch Wahlmänner, die Wahlmänner wieder durch Urwähler gewählt. Nun ist aber der Unterschied: Bei der Wahl der Wahlmänner zur ersten Kammer sind für diesmal nur diejenigen Urwähler, welche 5000 Rthlr. Grundvermögen oder 500 Rthlr. jährliche Einkünfte nachweisen oder 8 Rthlr. Klassensteuer zahlen; (künftig wählen die Vertreter der Gemeinden, Kreise, Provinzen). Bei der Wahl der Wahlmänner zur 2. Kammer ist jeder Preusse Urwähler, welcher 24 Jahr alt und selbstständig ist, das heißt, welcher nicht mehr unter väterlicher Gewalt steht, und der endlich nicht aus Armenmitteln unterhalten wird. Daß Niemand

mitwählen kann, der für den Staat nichts thut und gibt, der sich nicht selbst erhalten kann, sondern der Armenkasse zur Last fällt, versteht sich von selbst.

Weshalb dürfen aber die Wahlmänner für die erste Kammer nicht von Allen gewählt werden?

Weil die Anzahl der Preussischen Staatsbürger, welche wenig Vermögen besitzen, viel größer ist, als die Anzahl derer, welche größeres Vermögen haben. So wenig nun die Vermögenden ein Uebergewicht über die Nichtvermögenden haben dürfen, eben so wenig darf dies umgekehrt der Fall sein; denn sonst würden die Unvermögenden über den Geldbeutel der Vermögenden verfügen, ohne daß diese widersprechen könnten und das wäre ungerecht. Das wäre ungefähr so, als ob die Gesellen und Lehrlinge über den Geldbeutel ihrer Meister, oder die Feuerlinge über das Colonat ihrer Bauern zu bestimmen hätten. Die Vermögenden und Nichtvermögenden können sich aber die Wage am Besten dadurch halten, daß der eine Theil in der zweiten, der andere in der ersten Kammer stärker vertreten ist. Diese Einrichtung ist in unserm Nachbarlande Belgien probat befunden, und deshalb wollen wir sie auch annehmen.

Warum wählen aber die Urwähler nicht selbst die Deputirten zur Kammer, warum müssen erst noch Wahlmänner gewählt werden? Dies geschieht darum, weil sonst verkehrte Wahlen herauskommen würden. Die Mitglieder der Kammern müssen nicht allein rechtschaffene Männer sein, die das Wohl des Volkes ernstlich wollen, sie müssen auch Erfahrung und Sachkenntniß haben, und sich nicht nach jedem Winde drehen. Nun kennt zwar jeder in seiner nächsten Nachbarschaft wohl die rechtschaffenen und wohlwollenden Männer; aber nicht jeder hat die Zeit sich darum zu bekümmern, ob der, den er wählen möchte, auch die für ein Mitglied der Kammern nöthigen Kenntnisse und Erfahrungen hat. Jeder hat auch nicht gerade in seiner Nachbarschaft Männer, die zu Kammermitgliedern zu gebrauchen sind, und kann sie auch nicht gut kennen, denn die Kammermitglieder werden nicht von den Einwohnern eines Orts, sondern eines oder mehrerer Kreise gewählt. Darum ist es besser, daß Jeder zunächst aus den ihm bekannten Männern seines Bezirks einen herauswählt, von dem er weiß, daß er zu beurtheilen versteht, wer zum Mitgliede der Kammer paßt, und daß er sich von andern kein X für ein U machen läßt. Solche Männer finden die richtigen besser heraus, als wenn alle von Haus aus die Kammermitglieder selbst wählen.

Worin besteht die Pflicht der Mitglieder der Kammern? Sie sollen Vertreter des ganzen Volks sein. Art. 82. Sie müssen sich also bekannt machen mit den Bedürfnissen des Volks, sie müssen sehen, wo Jedem der Schuh drückt, und dann gemeinschaftlich berathen und beschließen, wie zu helfen ist. Sie müssen ihre Meinung ohne Furcht aussprechen, und damit sie dies können, darf Niemand sie anklagen über das, was sie in der Kammer sagen. Natürlich kann auch ein Kammermitglied nicht mit allen seinen Wählern ein und derselben Meinung sein, denn es gibt nicht zwei Menschen, die ganz gleichen Sinnes sind. Wenn zum Beispiel eine Gemeindeordnung oder Gewerbeordnung gemacht werden soll, da wirds der Eine so der Andere so haben wollen. Da kann's der Deputirte nicht allen beiden recht machen. Er muß also sein Gewissen um Rath fragen, was das Beste ist für Alle, und darnach seine Meinung in der Kammer aussprechen. Die Wahlmänner dürfen ihm nicht im Voraus vorschreiben, wie er's machen soll. Art. 83.

Ihr seht also, die Wahl eines Kammermitgliedes und eines Wahlmannes ist eine reine Vertrauenssache. Die Wahl hängt